

Anhang 2
EHRENWÖRTLICHE ERKLÄRUNG ÜBER AUSSCHLUSS- UND
AUSWAHLKRITERIEN

Der/Die Unterzeichnete [*Name des/der Unterzeichneten, bitte ergänzen*], erklärt hiermit:

<i>(nur bei natürlichen Personen)</i> in seinem/ihrer eigenen Namen	<i>(nur bei juristischen Personen)</i> in Vertretung der folgenden juristischen Person:
Ausweis- oder Passnummer: („die Person“)	Vollständige Bezeichnung: Offizielle Rechtsform: Amtliche Registereintragung: Vollständige Anschrift: Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: („die Person“)

I. AUSSCHLUSSSITUATION IN BEZUG AUF DIE PERSON

	JA	NEIN
(1) erklärt, dass sich die vorgenannte Person in einer der folgenden Situationen befindet:		
(a) Sie ist zahlungsunfähig oder befindet sich in einem Insolvenzverfahren oder in Liquidation, ihre Vermögenswerte werden von einem Insolvenzverwalter oder Gericht verwaltet, sie befindet sich in einem Vergleichsverfahren, ihre gewerbliche Tätigkeit wurde eingestellt, oder sie befindet sich aufgrund eines in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(b) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass die Person ihren Verpflichtungen zur Entrichtung ihrer Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge gemäß dem Recht des Landes ihrer Niederlassung, des Landes des öffentlichen Auftraggebers oder des Landes der Auftragsausführung nicht nachgekommen ist;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(c) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass die Person im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat aufgrund eines Verstoßes gegen geltende Gesetze, Bestimmungen oder ethische Normen ihres Berufsstandes oder aufgrund jeglicher Form rechtswidrigen Handelns, das sich auf ihre berufliche Glaubwürdigkeit auswirkt, wenn es vorsätzlich oder grob fahrlässig erfolgt; dazu zählen insbesondere:		
(i) falsche Erklärungen, die im Zuge der Mitteilung der erforderlichen Auskünfte zur Überprüfung des Fehlens von Ausschlussgründen oder der Erfüllung der Auswahlkriterien, in betrügerischer Absicht oder durch Fahrlässigkeit abgegeben wurden;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(ii) Absprachen mit anderen Personen mit dem Ziel einer Wettbewerbsverzerrung;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(iii) ein Verstoß gegen die Rechte des geistigen Eigentums;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(iv) Versuch der Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers während des Vergabeverfahrens;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(v) Versuch, vertrauliche Informationen über das Verfahren zu erhalten, durch die unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangt werden könnten;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(d) durch eine rechtskräftige Gerichtsentscheidung wurde festgestellt, dass die Person sich einer der folgenden Straftaten schuldig gemacht hat:		
(i) Betrug im Sinne von Artikel 1 des mit dem Rechtsakt des Rates vom 26. Juli 1995 ausgearbeiteten Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(ii) Bestechung im Sinne von Artikel 3 des mit dem Rechtsakt des Rates vom 26. Mai 1997 ausgearbeiteten Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, und von Artikel 2 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2003/568/JI des Rates sowie Bestechung im Sinne des Rechts des Landes des öffentlichen Auftraggebers, des Landes der Niederlassung der Person oder des Landes der Auftragsausführung;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(iii) Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung im Sinne von Artikel 2 des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(iv) Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung im Sinne des Artikels 1 der Richtlinie 005/60/EG;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(v) Straftaten mit terroristischem Hintergrund oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten im Sinne von Artikel 1 beziehungsweise Artikel 3 des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates oder Anstiftung zur, Beihilfe bei und Versuch der Begehung solcher Straftaten im Sinne von Artikel 4 des genannten Beschlusses;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(vi) Kinderarbeit oder andere Formen des Menschenhandels im Sinne von Artikel 2 der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(e) die Person hat bei der Ausführung eines aus dem Unionshaushalt finanzierten Auftrags erhebliche Mängel bei der Erfüllung der Hauptauflagen erkennen lassen, die eine vorzeitige Beendigung des Auftrags, die Anwendung von pauschalisiertem Schadensersatz oder anderen Formen von Vertragsstrafen nach sich gezogen haben oder die durch Überprüfungen, Rechnungsprüfungen oder Ermittlungen eines Anweisungsbefugten, des OLAF oder des Rechnungshofs aufgedeckt wurden;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(f) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine endgültige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass die Person eine Unregelmäßigkeit im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95 des Rates begangen hat;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

<p>(g) in den Situationen, die sich auf schwere Verfehlungen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit, Betrug, Bestechung, andere Straftaten, erhebliche Mängel bei der Auftragsausführung oder Unregelmäßigkeiten beziehen, ist die Person von Folgendem betroffen:</p> <p>(i) Sachverhalten, die im Zuge von Rechnungsprüfungen oder Ermittlungen des Rechnungshofs, des OLAF oder bei einer internen Rechnungsprüfung, oder bei sonstigen, unter der Verantwortung des Anweisungsbefugten eines Organs, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der EU durchgeführten Überprüfungen, Rechnungsprüfungen oder Kontrollen festgestellt wurden;</p> <p>(ii) nicht endgültigen Verwaltungsentscheidungen, die Disziplinarmaßnahmen umfassen können, die von der für die Prüfung der Einhaltung ethischer Normen des Berufsstandes zuständigen Aufsichtsbehörde ergriffen wurden;</p> <p>(iii) Beschlüssen der EZB, der EIB, des Europäischen Investitionsfonds oder internationaler Organisationen;</p> <p>(iv) Entscheidungen der Kommission in Bezug auf den Verstoß gegen die Wettbewerbsregeln der Union oder Entscheidungen einer zuständigen nationalen Behörde in Bezug auf den Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht der Union oder gegen nationales Wettbewerbsrecht oder</p> <p>(v) Ausschlussentscheidungen eines Anweisungsbefugten eines Organs, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der EU.</p>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--	--------------------------	--------------------------

II. AUSSCHLUSSSITUATIONEN IN BEZUG AUF NATÜRLICHE PERSONEN MIT VERTRETUNGS-, ENTSCHEIDUNGS- ODER KONTROLLBEFUGNIS ÜBER DIE JURISTISCHE PERSON

Gilt nicht für natürliche Personen, Mitgliedstaaten und lokale Gebietskörperschaften

(2) dass sich eine natürliche Person, die Mitglied des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans der vorgenannten juristischen Person ist oder die Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnis über die vorgenannte juristische Person hat (dies betrifft Unternehmensleiter, Mitglieder der Führungs- oder Aufsichtsgremien und Fälle, in denen eine natürliche Person die Anteilmehrheit hält), in einer der folgenden Situationen befindet:	JA	NEIN	Entfällt
vorgenannte Situation c) (schwere Verfehlung im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vorgenannte Situation d) (Betrug, Bestechung oder andere Straftaten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vorgenannte Situation e) (erhebliche Mängel bei der Auftragsausführung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vorgenannte Situation f) (Unregelmäßigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

III. AUSSCHLUSSSITUATIONEN IN BEZUG AUF NATÜRLICHE ODER JURISTISCHE PERSONEN, DIE UNBEGRENZT FÜR DIE SCHULDEN DER JURISTISCHEN PERSON HAFTEN

(3) dass sich eine natürliche oder juristische Person, die unbegrenzt für die Schulden der vorgenannten juristischen Person haftet, in einer der folgenden Situationen befindet:	JA	NEIN	Entfällt
vorgenannte Situation a) (Zahlungsunfähigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vorgenannte Situation b) (Steuern oder Sozialbeiträge wurden nicht entrichtet)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

IV. GRÜNDE FÜR EINE ABLEHNUNG IN DIESEM VERFAHREN

(4) dass die oben angeführte Person:	JA	NEIN
(h) den Wettbewerb dadurch verzerrt, dass sie im Vorfeld an der Erstellung der Auftragsunterlagen für dieses Vergabeverfahren mitgewirkt hat.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

V. ABHILFEMASSNAHMEN

Wenn die Person erklärt, dass eine der oben angeführten Ausschlussituationen vorliegt, muss sie ihre Zuverlässigkeit unter Beweis stellen, indem sie die Abhilfemaßnahmen angibt, die sie zur Behebung der Ausschlussituation getroffen hat. Dazu können beispielsweise technische, organisatorische und personelle Maßnahmen zählen, die zum Ziel haben, ein erneutes Auftreten der Situation, Schadenersatzforderungen und Bußgeldzahlungen zu vermeiden. Ein Nachweis für die getroffenen Abhilfemaßnahmen muss dieser Erklärung als Anlage beigefügt werden. Dies gilt nicht für unter Buchstabe (d) dieser Erklärung genannte Situationen.

VI. VORLAGE VON NACHWEISEN AUF VERLANGEN

Auf Verlangen und innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist hat die Person Angaben zu den Personen vorzulegen, die Mitglied des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans sind. Darüber hinaus sind die folgenden Nachweise zu der Person selbst oder zu den natürlichen oder juristischen Personen einzureichen, die unbegrenzt für die Schulden der Person haften:

Als Nachweis dafür, dass keine der unter den Buchstaben (a), (c), (d) oder (f) genannten Situationen vorliegt, ist ein Strafregisterauszug neueren Datums oder ersatzweise eine gleichwertige Bescheinigung neueren Datums einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Niederlassungslandes der Person vorzulegen, aus der hervorgeht, dass diese Anforderungen erfüllt sind.

Als Nachweis dafür, dass keine der unter den Buchstaben (a) oder (b) genannten Situationen vorliegt, sind von den zuständigen Behörden des betreffenden Staates ausgestellte Bescheinigungen neueren Datums vorzulegen. Aus diesen Bescheinigungen muss hervorgehen, dass die Person sämtliche von ihr geschuldeten Steuern und Sozialversicherungsabgaben entrichtet hat, einschließlich Umsatzsteuer, Einkommensteuer (nur bei natürlichen Personen), Körperschaftssteuer (nur bei juristischen Personen) und Sozialversicherungsbeiträgen. In dem Fall, dass eines der vorstehend genannten Dokumente von dem betreffenden Land nicht ausgestellt wird, kann an dessen Stelle eine vor einer

Justizbehörde oder einem Notar abgegebene eidesstattliche Erklärung oder ersatzweise eine vor einer Verwaltungsbehörde oder einer dafür zuständigen Berufsorganisation in dem Land, in dem die Person niedergelassen ist, abgegebene förmliche Erklärung vorlegt werden.

Die Person muss Nachweise nicht vorlegen, die sie bereits im Rahmen eines anderen Vergabeverfahrens eingereicht hat. Die Dokumente müssen an dem Datum, an dem der Auftraggeber sie verlangt, noch gültig sein und dürfen nicht mehr als ein Jahr zuvor ausgestellt worden sein.

Der Unterzeichnete erklärt, dass die Person den Nachweis bereits im Rahmen eines früheren Vergabeverfahrens vorgelegt hat, und bestätigt, dass sich ihre Situation seitdem nicht geändert hat:

Dokument	Vollständige Angaben zum früheren Verfahren
<i>So viele Zeilen wie nötig einfügen.</i>	

VII. AUSWAHLKRITERIEN

(5) dass die vorgenannte Person die Auswahlkriterien erfüllt, die gemäß der Leistungsbeschreibung individuell für sie gelten:	JA	NEIN	Entfällt
(a) Sie verfügt über die Rechts- und Geschäftsfähigkeit zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit, um den Auftrag gemäß Ziffer 3.2.2 der Leistungsbeschreibung auszuführen;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(b) Sie erfüllt die in Ziffer 3.2.3 der Leistungsbeschreibung genannten anwendbaren wirtschaftlichen und finanziellen Kriterien;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(c) Sie erfüllt die in Ziffer 3.2.4 der Leistungsbeschreibung genannten anwendbaren technischen und beruflichen Kriterien.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(6) ist die genannte Person der alleinige Bieter oder das federführende Mitglied einer Bietergemeinschaft bei gemeinsamen Angeboten , erklärt, dass:	JA	NEIN	Entfällt
(d) der Bieter, einschließlich aller Mitglieder der Gruppe im Falle eines gemeinsamen Angebots und einschließlich gegebenenfalls der Unterauftragnehmer alle Auswahlkriterien erfüllt, für die eine konsolidierte Bewertung gemäß der Leistungsbeschreibung durchgeführt wird.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

VIII. NACHWEISE FÜR DIE AUSWAHL

Der Unterzeichnete erklärt, dass die vorgenannte Person in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise, die in den einschlägigen Abschnitten der Leistungsbeschreibung aufgeführt und nicht elektronisch verfügbar sind, auf Anfrage unverzüglich vorzulegen.

Die Person muss Nachweise nicht vorlegen, die sie bereits im Rahmen eines anderen Vergabeverfahrens eingereicht hat. Die Dokumente müssen an dem Datum, an dem der Auftraggeber sie verlangt, noch gültig sein und dürfen nicht mehr als ein Jahr zuvor ausgestellt worden sein.

Der Unterzeichnete erklärt, dass die Person den Nachweis bereits im Rahmen eines früheren Vergabeverfahrens vorgelegt hat, und bestätigt, dass sich ihre Situation seitdem nicht geändert hat:

Dokument	Vollständige Angaben zum früheren Verfahren
<i>So viele Zeilen wie nötig einfügen.</i>	

Die vorgenannte Person kann in diesem Verfahren abgelehnt und verwaltungsrechtlichen Sanktionen (Ausschluss oder finanzielle Sanktionen) unterworfen werden, wenn sich die von ihr abgegebenen Erklärungen bzw. erteilten Auskünfte, die für die Teilnahme an diesem Wettbewerbsverfahren verlangt wurden, als falsch erweisen.

Vollständiger Name

Datum

Unterschrift